

Vorwort

Die Innere Sicherheit Deutschlands und die freiheitliche demokratische Grundordnung sind aktuell – wie selten zuvor – durch alle Phänomenbereiche von Extremismus sowie durch zahlreiche Akteure besonders bedroht.

Zahlreiche Anschläge wurden in den letzten Jahren von Extremisten in Deutschland verübt. Im Phänomenbereich Rechtsextremismus sind hier der sog. Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und seine rechtsterroristischen Morde zu nennen, der Anschlag auf die damalige Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker, der Anschlag im Olympia-Einkaufszentrum in München, der Anschlag auf Walter Lübcke, der rechtsterroristische Mordversuch am eritreischen Flüchtling Bilal M., der geplante Anschlag auf die Synagoge in Halle und zwei im Zusammenhang damit verübte Morde, sowie der rechtsterroristische Anschlag in Hanau mit zahlreichen Ermordeten.

Neben diesen rechtsterroristisch motivierten Anschlägen, Attentaten und Morden müssen auch die zahlreichen rechtsextremistisch-rechtsterroristischen Organisationen bzw. Gruppen der jüngeren Vergangenheit, wie „Weisse Wölfe Terrorcrew“ (WWT), „Oldschool Society“ (OSS), „Nordadler“, „Kameradschaft Aryans“, „Gruppe Freital“, „Revolution Chemnitz“, „Combat 18“, Gruppe „Nordkreuz“ sowie „Gruppe S“, erwähnt werden.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ bewerten staatliche Maßnahmen – damit auch diejenigen zur Eindämmung der Corona-Pandemie – als unrechtmäßig und lehnen sie vehement ab. Die deutschen Sicherheitsbehörden konstatieren, dass sich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ im Jahr 2020 teilweise nicht mehr darauf beschränkt haben, im Zusammenhang mit „Hygiene-Demonstrationen“ ihren Protest zu äußern, sondern auch körperliche Gewalt angewendet haben, zum Beispiel gegen eingesetzte Polizeikräfte.

In Bezug auf Corona-Demonstrationen stellte das Bundesamt für Verfassungsschutz im August 2020 fest, dass das Teilnehmerfeld bis dahin „äußerst heterogen, in seinem Kern jedoch demokratisch“ war. Doch seither nehmen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“, Rechtsextremisten und Verschwörungsgläubige zunehmend Einfluss auf Corona-Demonstrationen. Seit Sommer 2020 beobachteten die deutschen Verfassungsschutzbehörden, dass mehrere rechtsextremistische Protagonisten dazu aufgerufen hatten, sich an den Demonstrationen gegen die Beschränkungsmaßnahmen organisationsübergreifend zu beteiligen und bei Kundgebungen außerhalb des rechtsextremistischen Spektrums Präsenz in der Öffentlichkeit zu zei-

gen. Die Initiative „Querdenken 711“ ist Träger und Sprachrohr der Proteste und nimmt deutschlandweit eine führende Rolle ein. „Querdenken 711“ wurde im Dezember 2020 vom baden-württembergischen Verfassungsschutz zum Beobachtungsobjekt Extremismus erhoben. Im April 2021 richtete das Bundesamt für Verfassungsschutz einen neuen Phänomenbereich von Extremismus ein, die „verfassungsschutzrelevante“ Delegitimierung des Staates.

Im Phänomenbereich islamistischer Terrorismus wurden in Deutschland seit 2011 zehn islamistische Anschläge mit zahlreichen Toten und Verletzten verübt, darunter die Anschläge am Frankfurter Flughafen 2011, der Anschlag auf einen Bundespolizisten am Hauptbahnhof Hannover 2016, der Anschlag von drei jugendlichen Salafisten auf einen Sikh-Tempel in Essen 2016, der Anschlag in einer Regionalbahn bei Würzburg 2016, der Anschlag in Ansbach 2016 eine Woche später, der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche in Berlin am 19. Dezember 2016, der Anschlag in einem Supermarkt in Hamburg 2017 und drei Anschläge im Jahr 2020, darunter der Anschlag eines syrischen Gefährders mit homophober Motivation am 4.10.2020 in Dresden.

Das linksextremistische Personenpotenzial liegt aktuell bei über 34.000 Personen, die Zahl der gewaltorientierten Linksextremisten liegt bei etwa 9.600 Personen, damit ist mehr als jeder vierte Linksextremist als gewaltorientiert einzuschätzen. In den letzten Jahren ist ein deutlicher Anstieg linksextremistischer Straf- und Gewalttaten zu verzeichnen. Nach Angaben der deutschen Verfassungsschutzbehörden begehen verschiedene gewaltbereite linksextremistische Gruppen immer mehr und immer erheblichere Straf- und Gewalttaten.

Die Bedrohungen der Inneren Sicherheit Deutschlands und die Akteure, von denen diese ausgehen, sind zahlreich. Sie umfassen u.a.: Altermedia, Al Qaida, auslandsbezogener Extremismus, Anarchisten, Antifa, Antikapitalistische Linke, Antisemitismus, Antiziganismus, Anti-Asyl, Artgemeinschaft, Autonome, Clankriminalität, „Combat 18“, „COMPACT“-Magazin, Cybercrime, de.indymedia.org, DHKP-C, „Der III. Weg“, „Der große Austausch“, „großer Austausch“, Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), „Ein Prozent e.V.“, Einzeltäter, Fake News, Furkan Gemeinschaft, Gewalt gegen Polizeibeamte, „Geeinte deutsche Völker und Stämme“, Gefährder, Gruppe Freital, Gruppe S, Hamas, Hasskriminalität (hate crime), Hizb Allah (Hizbulah), Hooligans, „Identitäre Bewegung“, „Institut für Staatspolitik“, Interventionistische Linke, Islam-/Muslimfeindlichkeit, Islamismus, „Islamischer Staat“ (IS), islamistische und jihadistische Internetinhalte, Jihad-

Rückkehrer, Kameradschaften, „Kampf der Nibelungen“, linksextremistische Parteien, Menschenhandel, Milli Görüs, Muslimbruderschaft, Neonazis, „Nordadler“, Neue Rechte, „Oldschool Society“ (OSS), Organisierte Kriminalität, die PKK, „QAnon“, „Querdenker“, Radikalisierungsverläufe, Rassismus, Rauschgiftkriminalität, rechtsextremistische Parteien, rechtsextremistische Musik, Rechtsextremisten in Sicherheitsbehörden, Rechtspopulismus, Rockerkriminalität, Rote Hilfe e.V., Salafismus, Schleusungskriminalität, Spionage, Spionageabwehr, Terrorismusfinanzierung, „Ülkücü“-Bewegung (Graue Wölfe), Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates sowie Verschwörungserzählungen. Diese Bedrohungen und ihre Akteure werden hier vorgestellt und systematisch analysiert.

Zu den Akteuren der Inneren Sicherheit, ihrer Sicherheitsarchitektur, ihren Strategien und Mitteln gehören u.a.:

Antiterrordatei, Bundesministerium des Innern und für Heimat, Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Bundesamt für Verfassungsschutz, Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und seine Aufgaben/Befugnisse, Bundeskriminalamt, Bundespolizei, Cybersicherheit, Drohnenabwehr, Dunkelfeldforschung, Viktimisierungssurveys, Eurojust, Europol, Geheim- und Sabotageschutz, Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum, Gemeinsames Internetzentrum, GSG 9 der Bundespolizei, Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum, Innenministerkonferenz, Landesämter für Verfassungsschutz Landespolizei / Landespolizeien, Landeskriminalamt / Landeskriminalämter, Nationales Cyber-Abwehrzentrum, Polizei beim deutschen Bundestag, Polizeilicher Staatsschutz, Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland, Prävention, Predictive Policing, R – RADAR-iTE, RADAR-rechts, Rechtsextremismusdatei, Spezialeinsatzkommando, Videoüberwachung des öffentlichen Raumes sowie das Zollkriminalamt. Diese Akteure der Inneren Sicherheit, ihre Sicherheitsarchitektur, ihre Strategien und Mittel werden hier komprimiert dargestellt und ihre Vernetzung aufgezeigt.

Die Zielgruppen dieses Lexikons sind u.a.:

- Polizei (Bundespolizei, Landespolizeien, Bundeskriminalamt, Landeskriminalämter, Staatsschutzabteilungen, Spezialeinsatzkommandos, Mobile Einsatzkommandos)
- Hochschulen und Akademien der Polizeien
- Verfassungsschutzbehörden (Verfassungsschutz auf der Ebene Bund und Länder sowie das Bundesamt Militärischer Abschirmdienst – BMAD)
- Hochschulen und Akademien der Verfassungsschutzbehörden

- Justiz
- Politische Bildung, Bundeszentrale und Landeszentralen
- Bildung und Kultus (auf den Ebenen Bund und Länder, vor allem die Kultusministerien der Bundesländer)
- Schulen
- Justizvollzugsanstalten
- Regierungspräsidien
- Bezirksregierungen
- Akteure im Bereich von Prävention
- u.a.

Die Inhalte dieses Lexikons sind wissenschaftlich-analytisch mit folgenden Fächern und Fakultäten verbunden:

- Politikwissenschaft
- Sozialwissenschaften
- Rechtswissenschaft
- Psychologie
- Soziologie
- Sozialpädagogik
- Soziale Arbeit
- Geschichtswissenschaft
- Informatik
- u.a.

Innere Sicherheit ist der Schutz des Staates und der Gesellschaft vor Kriminalität, Extremismus, Terrorismus und damit verbundenen Bedrohungen. Der Staat hat die Aufgabe, die Innere Sicherheit zu gewährleisten. Dafür sind die Regierungen, ihre Minister und die Sicherheitsbehörden verantwortlich. Sicherheit für die Bürger zu gewährleisten ist eine Kernfunktion des Staates. Spätestens seit dem 11. September 2001 wird eine Überschneidung der Bereiche Innere und Äußere Sicherheit konstatiert.

Die Akteure der Inneren Sicherheit sind durch die Verfassung und durch Gesetze auf der Grundlage der Volkssouveränität im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols legitimiert. Im Rahmen dieser Legitimation dürfen sie auch Gewalt anwenden und in Grundrechte eingreifen.

Alle Akteure der Inneren Sicherheit werden in diesem Lexikon Innere Sicherheit dargestellt und ihre Aufgaben und Befugnisse erläutert.

Danken möchte ich meinen Kollegen der Bundespolizei und anderer Sicherheitsbehörden für ihre Anregungen und Fragen zum Bereich Innere Sicherheit.

Dieses Lexikon beschreibt u.a. die Akteure, die jeden Tag für unsere Sicherheit einstehen, sich mit ihrem Leben für unsere Sicherheit einsetzen. Für diese Akteure der Inneren Sicherheit ist dieses Lexikon zusammengestellt worden.

Lübeck, im August 2022

Prof. Dr. Stefan Goertz